

**Gegenstand: Asylbewerber/-innen in Speyer
Unterkunft und Betreuung Altbau Kindertagesstätte St. Christophorus
- Information -**

Die Vorsitzende erläutert, dass im „Erlichhaus“ (ehemalige Kindertagesstätte St. Christophorus) im Januar 3 Familien eingezogen sind.

Auch hat Frau Geist als sozialpädagogische Fachkraft ihren Dienst im Erlichhaus aufgenommen. **Frau Geist** ist beim Diakonischen Werk beschäftigt und mit ihrer $\frac{3}{4}$ Stelle für die Beratung und Begleitung der Bewohner/innen zuständig. Die Stelle wird zu 100 % kommunal finanziert. Außerdem wurden die Wochenstunden von Herr Thaqi, bislang für die Unterkunft im Richtweg als Hausverwalter zuständig, auf 30 Wochenstunden erhöht, so dass er auch im Erlichhaus die anfallenden praktischen Tätigkeiten übernehmen kann.

Die Vorsitzende informiert weiter, dass die Resonanz der Bevölkerung in Speyer-West durchweg positiv und von großer Hilfsbereitschaft geprägt ist. Die Hilfsangebote sind so zahlreich, dass die Kernarbeitsgruppe der Sozialen Stadt in ihrer letzten Sitzung entschieden hat, unter ihrem Dach eine AG zur Koordination der Hilfen einzurichten. In dieser AG sind alle relevanten Akteure des Stadtteils sowie Vertreter/innen der Verwaltung vertreten. Zu einem Treffen wird in Kürze über das Stadtberatungsbüro Dr. Fries eingeladen.

Vorgesehen ist zu dem eine Informationsveranstaltung vor Ort.

Zzt. werden weitere Räumlichkeiten zur Unterbringung von Asylbewerber/innen gesucht, in enger Abstimmung mit den Wohnungsbaugesellschaften, den Kirchen und mit Privatpersonen.

Frau Tabor fragt, wann die Verwaltung erfährt, wer von Trier nach Speyer zugewiesen wird.

Herr Spieß erläutert, dass die Verwaltung ca. 1 Woche vorher mitgeteilt bekommt, welche Personen nach Speyer kommen.

Frau Münch-Weinmann fragt nach der Dauer der Belegung des Gebäudes im Richtweg.

Die Vorsitzende macht deutlich, dass das Objekt sicher noch eine Weile benötigt wird.

Weiter fragt sie nach, wie die Bevölkerung informiert werde.

Herr Spieß legt dar, dass die Verwaltung in gutem und regelmäßigem Kontakt zu Herrn Dr. Fries steht und über das Netzwerk Soziale Stadt die Informationen gestreut werden. Nach Einschätzung der Verwaltung habe das gut funktioniert, da das Netzwerk Speyer-West sehr aktiv und engagiert arbeitet.

Eine weitere Frage von **Frau Münch-Weinmann** richtet sich an die Aktivität der Kirchen.

Die Vorsitzende verweist auf Frau Geist, die als Kollegin an das Haus der Diakonie des Diakonischen Werkes Pfalz angebunden ist.

Frau Kost ergänzt, dass Frau Geist über 7 Jahre Erfahrung im Bereich der Migrant/innen verfügt und gute Kontakte zu den ihr Stadtteil wirkenden Kirchen, Vereinen, Verbänden sowie zur Nachbarschaft aufbauen wird.

Die Vorsitzende erläutert weiter, dass das interkulturelle Forum eine gut besuchte Veranstaltung durchgeführt hat, wir aber zzt. von keinen weiteren Aktionen wissen.

Herr Albring möchte wissen, wer sich hinter der AG verbirgt.

Frau Völcker verweist auf die Ausführungen der Vorsitzenden und ergänzt, dass es sinnvoll ist, die hervorragenden Netzwerkstrukturen im Stadtteil zu nutzen und keine parallelen Strukturen aufgebaut werden sollen.

Herr Emes bittet darum, Herrn Nowicki in die AG mit einzuladen.

**Gegenstand: Aufstellung der Psychiatriekoordination in Speyer ab 2014
- Information -**

Die Vorsitzende informiert darüber, dass die Stadt Speyer sich entschieden habe, aus der gemeinsamen Psychiatriekoordination mit dem Rhein-Pfalz-Kreis auszusteigen und diese Aufgabe ab 2014 in eigener Verantwortung zu leisten und mit der Sozialplanung zusammen zu führen.

Zzt. wird eine entsprechende externe Stellenausschreibung für die 75 % Stelle „Psychiatrie- und Sozialplanung“ vorbereitet, die anteilig über die Landeszuweisung zur Psychiatriekoordination refinanziert werden kann.

**Gegenstand: Neufestsetzung der angemessenen Kosten der Unterkunft
nach SGB II und SGB XII
Vorlage: 1223/2014**

Die Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Frau Münch-Weinmann merkt an, dass 7 Jahre eine lange Zeit sind, sie es aber begrüßt, dass nun eine Aufhebung der m²-Preise erfolgte. Sie gibt den Wunsch an die Verwaltung weiter, sich weiterhin für die Schaffung von neuem sozialem Wohnraum einzusetzen.

Sie fragt, wie zzt. die Bearbeitungszeiten für die Wohngeldanträge aussehen.

Die Verwaltung fügt an dieser Stelle der Niederschrift folgende Ergänzung bei:

Bedingt durch längere krankheitsbedingte Ausfälle lassen sich zzt. die Bearbeitungszeiten nicht durchschnittlich ermitteln. Wir werden den Ausschuss in der Herbstsitzung entsprechend informieren.

Frau Tabor ergänzt, dass sie es begrüße, dass man die Mietangebote gesammelt wurden.

Herr Spieß erläutert, dass dies ausschließlich für die möglichen Verwaltungsgerichtsprozesse erfolge.

Die Vorsitzende macht abschließend deutlich, dass die Verwaltung keinen Wohnraum vermittele.

Herr Förster möchte wissen, ob die Heizkosten pauschal bezuschusst werden.

Frau Illers legt dar, dass die Höhe der Heizkostenzuschüsse im Rahmen von Einzelfallentscheidungen ermittelt werden.

Dabei werden u.a. die Räumlichkeiten, die Gebäudebeschaffenheit und die Wohnverhältnisse berücksichtigt. Auch wird bei hohen Heizkosten das beratende Gespräch zu den Klienten gesucht.

**Gegenstand: Warenkorb Speyer
Aktueller Sachstand
- Information -**

Die Vorsitzende informiert, dass der Warenkorb für 2014 gesichert ist und in der Einrichtung jetzt auch eine Kleiderkammer verortet werden konnte, deren Bedarf im Rahmen der Veranstaltung des interkulturellen Forums deutlich wurde.

Die Vorsitzende gibt bekannt, dass sich die Malteser bereit erklärten, eine regelmäßige Sprechstunde für medizinische Fragen anzubieten. Dieses ehrenamtliche Angebot wird ebenfalls beim Warenkorb angedockt.

Herr Albring möchte wissen, wer/welche Berufsgruppe die Beratung durchführen werden.

Die Vorsitzende geht davon aus, dass unterschiedliche professionelle Kräfte (Ärzte, Krankenschwestern, Krankenpfleger) hier tätig werden.

Zur vorhin von **Frau Münch-Weinmann** aufgeworfenen Frage, bei wem sich Bürger/innen melden können, wenn sie Mobiliar abgeben möchten, legt die Vorsitzende dar, dass hierfür der Warenkorb zur Verfügung steht, der auch über geeignete Fahrzeuge verfügt.

Frau Völcker bittet Bürger/innen, die Möbel abgeben möchten, um Geduld bzw. längerfristige Terminvereinbarung für die Abholung, da die personellen Kapazitäten des Warenkorbs begrenzt seien.

**Gegenstand: Fahrdienst für beeinträchtigte Menschen in Speyer
Inanspruchnahme 2013 und weitere Planung für 2014
- Information -**

Die Vorsitzende erläutert, dass die Resonanz auf die Ausgabe der Gutscheine im Dezember 2013 nicht sehr hoch gewesen sei. Im März 2014 wird eine Neuauflage des Antragsverfahren geben. Die IBF und die Lebenshilfe Speyer stehen als Anbieter zur Erbringung der Fahrten zur Verfügung.

Frau Münch-Weinmann erkundigt sich danach, ob eine abschließende Abrechnung mit der IBF erfolgt ist.

Die Vorsitzende bestätigt, dass alle ausstehenden Zahlungen geleistet wurden und das Thema zur Zufriedenheit Aller erledigt sei.

Herr Brendel spricht die Problematik der Heimbewohner/innen an, die bislang nicht vom Fahrdienst Gebrauch machen können.

Die Vorsitzende macht deutlich, dass die Priorität bei der freiwilligen Leistung Fahrdienst darauf liege, allein lebende Menschen am gesellschaftlichen Leben der Stadt teilhaben zu lassen, die ohne den Fahrdienst nicht von solchen Angeboten Gebrauch machen können. Sie habe aber die Leistungen aller stationären Einrichtungen für den 06.03.2014 zu einem Gespräch eingeladen, in dem das Thema mit auf der Tagesordnung steht.

Herr Luz weist auf dieser Stelle auf die sachlichen Normierungen des Personenförderungsgesetz hin.

Gegenstand: Modellprojekt nach § 14 a AGSGB XII

Die Vorsitzende beschreibt das Modellprojekt als Segen für die Stadtverwaltung.

Durch die projektfINANZIerte Vollzeitstelle im Fallmanagement konnte in zahlreichen Fällen eine umfangreiche Beratung von Betroffenen und ihren Angehörigen durchgeführt werden, in deren Ergebnis Menschen länger im häuslichen Umfeld leben können bzw. wieder in ambulante Betreuungssettings wechseln konnten. Infolge maßgeschneiderter Leistungspakte erhalten Betroffene so weit und so lang wie möglich ihre Selbstbestimmtheit.

**Gegenstand: Erfahrungsbericht zum Jahr 2013
- Information -**

Herr Spieß erläutert ausführlich die Erfahrungen der Verwaltung nach dem ersten Jahr im Modellprojekt. Dabei verweist er auf die Aufstellung von Frau Graf, die den Anwesenden verteilt wird. Hieran lässt sich deutlich erkennen, welche Auswirkungen ein solides und professionelles kommunal verankertes Fallmanagement hat: sowohl mit Blick auf die Betroffenen als auch mit Blick auf die fachliche Komponente.

Herr Spieß legt die Ergebnisse des Modellprojektes aus dem Jahr 2013 dar:

1. Eingliederungshilfe:

- Die Teilhabepläne **aller** Neufälle werden durch die Verwaltung erstellt.
- Durchführung von **Hausbesuchen** im Rahmen der Bedarfserfassung
- **Vermeidung** einer stationären Unterbringung in 6 Fällen
- **Umwandlung** einer stationären Unterbringung in eine ambulante Betreuungsform
- **Zusammenlegung** von 2 Integrationshelfern für zwei Kinder in **eine** Hilfe
- **Wechsel des Anbieters** in mehreren Fällen
- Abschaffung der großen Teilhabekonferenzen ab Februar 2014 und Durchführung **individueller Fallkonferenzen** mit den Betroffenen,
- zweimal pro Jahr **Treffen mit allen Anbietern** zum informellen Austausch und zur Klärung offener Fragen

2. Hilfe zur Pflege:

- Definition einer **verbindlichen Bearbeitungsstruktur** in der stationären Hilfe zur Pflege
- **Verhinderung** einer stationären Aufnahme durch Erhöhung der Stundensätze für Pflegepersonen im häuslichen Bereich
- **Verhinderung** einer **stationären Heimaufnahme** durch **intensive Beratung** und Aufzeigen von Alternativen mit dem Ziel des **Verbleibs** der Person im **häuslichen Umfeld**
- Start des **Projektes „Ambulant betreute Wohngruppe für Menschen mit Demenz“**

Herr Spieß dankt Frau Graf und Frau Weiß für ihre hohe Einsatzbereitschaft und die hervorragenden Arbeitsergebnisse.

Die Vorsitzende gibt bekannt, dass das Land die Verlängerung des ursprünglich bis 30.06.2014 geplanten Modellprojekts bis zum 31.12.2014 mündlich zugesagt habe.

Frau Münch-Weinmann erinnert an das Leitziel der Landesregierung „Ambulant vor stationär“ und äußert sich positiv zu den Darlegungen von Herrn Spieß.

Sie bittet Frau Graf um die Erläuterung des „Speyerer Modells“ beim Einsatz von Integrationshelfer/innen an Schulen.

Frau Graf beschreibt den arbeitsintensiven Prozess von der Antragstellung der Eltern, Gesprächen mit ihnen, der Schule bis zum Einsatz einer gemeinsamen Integrationshilfe für 2 Schüler/innen.

Die Vorsitzende ergänzt, dass es viel Überzeugungsarbeit bei allen Beteiligten braucht, die sich v.a. deshalb lohnt, das eine gemeinsame Hilfe zur Entstigmatisierung des/der Einzelnen beiträgt.

Die Vorsitzende dankt Frau Weiß und Frau Graf für ihr tolles Engagement.

Frau Völcker legt dar, dass die Stelle von Frau Graf zzt. zu 100 % über die Projektmittel des Landes finanziert ist und die Verwaltung mit Unterstützung von Frau Bürgermeisterin Kabs für die Entfristung dieser bedeutsamen Stelle kämpft.

Herr Emes möchte wissen, wie nachhaltig die ambulanten Leistungen für die einzelnen Menschen wirken.

Frau Weiß bestätigt, dass es sich um Lösungen handelt, die nicht auf Kurzfristigkeit ausgelegt sind, es aber in diesem Arbeitsbereich nicht auszuschließen ist, das einzelne Menschen zum Zeitpunkt stationär aufgenommen werden müssen.

Frau Weiß ist optimistisch, dass sie und ihre Kollegin auch weiterhin gute Lösungen für die Betroffenen finden werden, vorausgesetzt, die personelle Kapazität bleibt erhalten.

**Gegenstand: Einrichtung einer Wohngruppe für an Demenz erkrankte Menschen in Speyer
- Sachstandsmitteilung -**

Durchführung des **Projektes „Ambulant betreute Wohngruppe für Menschen mit Demenz“**

- Vernetzung über die bereits bestehende „AG Demenz“ mit Teilnehmern von ambulanten Pflegediensten, Pflegestützpunkten und stationären Einrichtungen sowie der Pflegestrukturplanung
- Gründung der **Projektgruppe** im Rahmen eines Workshops am 1. Fachtag „Demenz“ (11.09.14)
Die Moderation des Workshops übernahm Herr Spieß als Verantwortlicher des Modellprojektes. Projektgruppe: Teilnehmer der Landesberatungsstelle PflegeWohnen, der Stadtverwaltung Speyer, der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft und des Sozialplaners des Modellverbundes Vorderpfalz.
- erste Sitzung der Projektgruppe am 11.12.13 unter Beteiligung von Herrn Dr. Jaschke
- nächster Termin der Projektgruppe: 18.02.14 unter Einbeziehung der ortsansässigen ambulanten Pflegedienste und Pflegestützpunkte
- Beauftragung der Bauplanungsabteilung mit der Suche nach geeigneten Wohnobjekten

Gegenstand: Verschiedenes

Herr Mayrhofer verabschiedet sich im Sozialausschuss, dem er seit 1975 angehörte. Er dankt allen für die schöne Zeit und wünscht den Anwesenden für die Zukunft alles Gute.

Die Vorsitzende gibt den Dank an Herrn Mayrhofer zurück, der ihr stets mit seiner langjährigen Erfahrung eine große Unterstützung war. Für den weiteren Lebensweg wünscht sie Herrn Mayrhofer alles erdenklich Gute, u.a. Gesundheit.

Frau Völcker informiert über den Antrag des AFET Bundesverbandes für Erziehung e.V. auf Einrichtung einer Sachverständigenkommission „Hilfen für Kinder und Familien mit psychisch kranken Eltern“ beim Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages.

Der Antrag wurde am 16.01.2014 gestellt.

Der AFET e.V. stellte ihn stellvertretend für insgesamt 15 Institutionen und Verbände der Kinder- und Jugendhilfe, der Gesundheitsförderung und der Angehörigen psychisch Kranker, für Berufsverbände und für die Wissenschaft.

Der Antrag kann unter folgendem Link abgerufen werden:

http://www.afet-ev.de/aktuell/AFET_intern/2014/2014-01-Antrag-SV-Kommission.php

18. Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Speyer am 06.02.2014



18. Sitzung des Sozialausschusses 06.02.2014 **Monika Kabs**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!